

Währungswettbewerb als Evolutionsverfahren



FRANK SCHÄFFLER und NORBERT F. TOFALL* • März 2011

Die Vorteile des Wettbewerbs hängen nicht davon ab, dass er „vollkommen“ ist.¹

Friedrich August von Hayek

Wenn die einzelnen Menschen die freie Wahl hätten zwischen gedecktem Papier-, Buch- und Kreditgeld, das auf ihren Wunsch hin zu hundert Prozent in über die Zeit konstante Mengen oder Standards von realen Vermögensgegenständen eingelöst werden müsste, und ungedecktem Papier-, Buch- und Kreditgeld, das mit null Prozent gedeckt ist, welches Geld würden sie wählen? Dass diese Frage ökonomisch und sozialpolitisch von höchster Relevanz ist, sollte angesichts der ersten Weltfinanz- und Wirtschaftskrise des 21. Jahrhunderts von niemandem mehr bestritten werden. Bis September 2009 haben allein elf westliche Länder ihre Banken mit 5000 Milliarden Euro gestützt, was zwanzig Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung dieser Länder entspricht.² Zudem müsste jedem sofort klar sein, dass diese Frage eine Freiheitsfrage ist. Denn die einzelnen Menschen haben in unserem staatlichen Papiergeldmonopol nicht die allgemeine, die für alle gleiche Freiheit, Geld frei zu wählen oder frei zu produzieren.

Monopolfragen sind von jeher Freiheitsfragen. Bereits der Dominikaner und Kardinal der römisch-katholischen Kirche Thomas de Vio Cajetan OP – geboren 1469 zu Gaeta, gestorben 1534 in Rom – brandmarkt Monopole als einen Angriff auf die allgemeine Freiheit. Durch Monopole würden die Menschen gezwungen, höhere Preise zu zahlen, als es ohne Monopole der Fall wäre.³ Da Geld eine Ware ist wie jede

* Frank Schäffler ist Mitglied des Deutschen Bundestages, Norbert F. Tofall ist Lehrbeauftragter an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder und wissenschaftlicher Mitarbeiter von Frank Schäffler.

¹ Friedrich A. von Hayek: *Recht, Gesetzgebung und Freiheit. Band 3: Die Verfassung einer Gesellschaft freier Menschen. Eine neue Darstellung der liberalen Prinzipien der Gerechtigkeit und der politischen Ökonomie*, Landsberg am Lech (Moderne Industrie) 1981, S. 97.

² Vgl. Holger Steltzner: „Mehr Kapital, weniger Risiko“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 14. September 2009, Nr. 213, S. 1. Diese Zahlen hat die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich berechnet.

³ Siehe die immer noch lesenswerte volkswirtschaftliche Dissertation des späteren Vorsitzenden der Deutschen Katholischen Bischofskonferenz und Kölner Erzbischofs Joseph Kardinal Höffner, die er zu Beginn des II. Weltkriegs bei Walter Eucken in Freiburg i. B. verfasst hat: Joseph Höffner: *Wirtschaftsethik und Monopole im 15. und 16. Jahrhundert*, unveränderter Nachdruck der Ausgabe Jena 1941, 2. unveränderte Auflage, Darmstadt (Wiss. Buchges.) 1969, S. 107, dort auch Fn. 10.

andere Ware auch, führen auch staatliche Geldmonopole dazu, dass die Menschen gezwungen werden, einen höheren Preis für Geld zu zahlen, als es ohne Geldmonopole der Fall wäre. Ohne diesen staatlichen Zwang würden vermutlich nur wenige Menschen bereit sein, diesen höheren Preis für Geld zu zahlen. Deshalb sind auch staatliche Geldmonopole ein Angriff auf die allgemeine, die für alle gleiche Freiheit. Der einzelne Mensch kann nicht unabhängig von der nötigen Willkür durch andere Menschen seine eigene Wahl treffen. Sowohl die Konsumentenfreiheit als auch die Produzentenfreiheit werden durch staatliche Geldmonopole verletzt.

Trotz eines weitverbreiteten, aber argumentativ nicht näher bestimmten Unbehagens, das viele Menschen unserer heutigen Geldordnung entgegenbringen, sieht die Öffentlichkeit des Westens⁴ allerdings noch nicht ein, welch hohen „Preis sie ... für die Bequemlichkeit zahlt, bei den gewöhnlichen Geschäftstransaktionen nur mit einer Geldart umgehen und nicht gelegentlich überlegen zu müssen, ob der Gebrauch einer anderen als der gewohnten Geldart vorteilhafter wäre.“ Die meisten Menschen würden diesen Preis für Bequemlichkeit, wenn er ihnen bekannt wäre, als viel zu hoch ansehen, vermutet der Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek: „Denn diese Bequemlichkeit ist von weitaus geringerer Bedeutung als die Möglichkeit des Gebrauchs zuverlässigen Geldes, das nicht in periodischen Abständen den glatten Wirtschaftsablauf stört.“⁵

II.

Das heutige ungedeckte Geld ist unzuverlässiges oder schlechtes Geld, weil es von den Zentralbanken und auch von den Geschäftsbanken, welche vom Staat zum Zwecke der Geld- und Kreditschöpfung aus dem Nichts mit dem Teilreserveprivileg ausgestattet sind, in beliebiger Höhe vermehrt werden kann. Ohne diese Möglichkeit, Kredite durch Geldschöpfung aus dem Nichts aufzunehmen, wäre die ständige Expansion des Staates nicht realisierbar.⁶ Und Kredite, die nicht aus Ersparnissen bestehen, sondern aus Geldschöpfung, also aus schlechtem Geld, sind unser Problem:⁷

⁴ Zum Begriff „Westen“ siehe Philippe Nemo: *Was ist der Westen? Die Genese der abendländischen Zivilisation*, Tübingen (Mohr) 2005. Interessant ist, dass China im Frühjahr 2009 im Zuge der Finanzkrise die Frage nach gedeckten Währungen aufgeworfen hat, ohne freilich das staatliche Geldmonopol in Frage zu stellen. Chinas Affinität zu gedeckten Währungen beruht vermutlich auf seinen negativen historischen Erfahrungen mit ungedecktem Papiergeld und Teilreserve-Banken zwischen ca. 960 und ca. 1455 n. Chr. Vgl. Jörg Guido Hülsmann: *Die Ethik der Geldproduktion*, Waltrop und Leipzig (Manuscriptum) 2007, S. 277.

⁵ Friedrich A. von Hayek: *Entnationalisierung des Geldes. Eine Analyse der Theorie und Praxis konkurrierender Umlaufmittel*, Tübingen (Mohr) 1977, S. 7.

⁶ Siehe auch Friedrich A. von Hayek: *Entnationalisierung des Geldes. Eine Analyse der Theorie und Praxis konkurrierender Umlaufmittel*, Tübingen (Mohr) 1977, S. 13.

⁷ Die folgenden Ausführungen zur Blasenwirtschaft und Zinspolitik der Zentralbanken beruhen weitgehend auf Frank Schäffler: „Neue Geldordnung statt verhängnisvoller Zinspolitik“, in: *Börsen-Zeitung* vom 30. Januar 2009, Nr. 20, S. 8 und auf Thorsten Polleit, Michael von Prollius, Frank Schäffler und Norbert F. Tofall: „Überwindung der Krise durch gutes Geld“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 5. Juni 2009, Nr. 128, S. 12.

Investitionen, die durch Kredite finanziert werden, die nicht aus Erspartem bestehen, sondern aus Geldschöpfung, also aus schlechtem Geld, blähen unsere Wirtschaft künstlich und nur für eine bestimmte Zeit auf, was auch als „Bubble-Economy“ (Blasen-Wirtschaft) bezeichnet wird. Angeheizt wird diese Entwicklung durch die Niedrigzinspolitik der Zentralbanken. Ein Zinssatz, der Sparen und Investieren zur Übereinstimmung bringt, den Geldwert stabil hält und die Volkswirtschaft auf einem nachhaltigen Wachstumspfad hält, ist der natürliche Zins. Steigt der Geldzins über den natürlichen Zins, übersteigt das Sparen die Investitionen und die Wirtschaftsaktivität geht auf breiter Front bei einem sinkenden Preisniveau zurück. Liegt der Geldzins, also der Zins für Kredite, unter dem natürlichen Zins, dann übersteigt die Investitionstätigkeit die Spartätigkeit, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage steigt über die Produktionskapazität und die Volkswirtschaft wird von ihrem nachhaltigen Wachstumspfad gedrückt.

Zu niedrige relative Preise für Kredite führen deshalb zu einem falschen Produktionsaufbau und d. h. zu Investitionsblasen. Denn die künstlich niedrigen Zinsen führen dazu, dass auch Investitionen rentabel erscheinen, die sich unter dem natürlichen Zins nicht rentieren. Durch künstlich niedrige Zinsen wird den Entscheidungsträgern in den Unternehmen bei ihren Investitionsentscheidungen das Vorhandensein von Ressourcen vorgespiegelt, die in Wahrheit gar nicht existieren; denn das aus dem Nichts geschöpfte Geld ist nicht durch reale Ersparnisse gedeckt.⁸ Kurzfristig können durch diese Zinspolitik der Zentralbanken zwar durchaus befristet Arbeitsplätze geschaffen oder erhalten werden. Mittel- und langfristig wird sich jedoch herausstellen, dass die scheinbar rentablen Investitionen aufgrund der real nicht ausreichend vorhandenen Ressourcen, also der fehlenden realen Ersparnisse, unrentabel sind. Die Arbeitslosigkeit wird aufgrund der vorab unterlassenen Anpassungsmassnahmen, die der natürliche Zins erzwungen hätte, die aber aufgrund des künstlich niedrigen Zinses unterblieben sind, in noch grösserem Masse ansteigen. Und das Wirtschaftswachstum wird aufgrund der unterlassenen Anpassungsmassnahmen noch mehr sinken. Friedrich August von Hayek (1899 – 1992), der für seine konjunkturpolitischen Analysen aus den 1920er und 30er Jahren 1974 den Nobelpreis erhalten hat, fasste diese Tragödie in die Worte: „Brot für heute und Hunger für morgen.“ Hayek, der die Weltfinanzkrise von 1929 vorausgesehen hatte, stellte 1928 ausserdem fest, dass die amerikanische Zentralbank Fed während der 1920er Jahre mit Absicht eine massive Kreditexpansionspolitik zur Förderung des Wirtschaftswachstums durchführte.⁹

Wenn man bedenkt, dass die heutige Finanz- und Wirtschaftskrise ebenfalls durch eine derartige Kreditexpansionspolitik der Fed entstanden ist, dann wundert man sich, dass die Vereinigten Staaten und viele andere G-20-Staaten zur

⁸ Zur Bedeutung des Sparens für einen nachhaltigen Wachstumsprozess siehe das 4. Kapitel „Böhm-Bawerk und die Kapitaltheorie“ in Jesús Huerto de Soto: *Die Österreichische Schule der Nationalökonomie – Markt und unternehmerische Kreativität*, Wien (Hayek Institut) 2007, S. 61 – 79, insb. S. 64 f.

⁹ Siehe Friedrich A. von Hayek: „Das intertemporale Gleichgewichtssystem der Preise und die Bewegungen des ‚Geldwertes‘“, in: *Weltwirtschaftliches Archiv*, Band XXVIII. (1928), S. 32 – 76.

Überwindung der derzeitigen Krise abermals eine derartige Kreditexpansionspolitik betreiben, die über künstlich niedrige Zinsen angefeuert wird. Man will eine Krise, die durch schlechtes Geld erzeugt worden ist, durch noch schlechteres Geld überwinden, obwohl die Folgen des schlechten Geldes überall beobachtet werden konnten. Die massiven Auftragseinbrüche und der Rückgang der Investitionen sind die Folge der Zerstörung des weltweiten Preissystems durch schlechtes Geld. Das geschwundene Vertrauen in das Tauschmittel Geld und die Zerstörung des globalen Preissystems durch schlechtes Geld hat zu einem Rückgang der wirtschaftlichen Kooperation geführt, d.h. zu einem Rückgang der individuellen direkten und indirekten Tauschhandlungen, so dass weltweit der gesellschaftliche Wohlstand gesunken ist. Und es verwundert nicht, dass gerade im Interbankenhandel das grösste Misstrauen herrscht. Die Geschäftsbanken wissen genau, dass man dem durch Geld- und Kreditschöpfung erzeugten schlechten Geld nicht trauen kann und dass das, was die Kollegen anbieten, genauso heisse Luft ist wie die eigenen Kredite. Überwinden lässt sich diese Vertrauenskrise und nachhaltig anregen lässt sich die wirtschaftliche Kooperation deshalb nur durch gutes Geld.¹⁰

Aber selbst wenn Regierungen und Zentralbanken das Ziel haben sollten, im derzeitigen ungedecktem Papiergeldsystem und unter den Bedingungen des staatlichen Geldmonopols, erstens gutes Geld zu schaffen und zweitens die von ihnen massgeblich beeinflussten Zinsen mit dem natürlichen Zins zur Deckung zu bringen, sind die hierzu notwendigen Aussagen über die Höhe des natürlichen Zinses aus erkenntnistheoretischen Gründen unmöglich und stellen eine gefährliche Anmassung von Wissen dar. Der natürliche Zins spiegelt die individuellen Präferenzen für individuelles Sparen und Investieren von Millionen und unter den Bedingungen der Globalisierung von Milliarden von einzelnen Menschen. Niemand kann diese individuellen Präferenzen kennen, widerspruchsfrei zusammenfassen und daraus ex ante den natürlichen Zins ableiten. Wir brauchen deshalb eine Geldordnung, in der sich die Zentralbanken jeglicher Zinspolitik enthalten, so dass der natürliche Zins seine die Konjunktur und das Wachstum stabilisierende Wirkung entfalten kann. Zudem benötigen wir eine Geldordnung, in der sowohl den Zentralbanken als auch den Geschäftsbanken die Möglichkeit genommen oder zumindest eingeschränkt wird, Geld- und Kreditschöpfung zu betreiben und dadurch gutes Geld zu verschlechtern. Doch wie kommen wir zu einer derartigen Geldordnung?

¹⁰ Zur Definition des Begriffs „gutes Geld“ und zur modernen Falschmünzerei, die aus gutem Geld schlechtes Geld macht, siehe Thorsten Polleit, Michael von Prollius, Frank Schäffler und Norbert F. Tofall: „Überwindung der Krise durch gutes Geld“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 5. Juni 2009, Nr. 128, S. 12.

III.

Durch die Abschaffung des Teilreserveprivilegs der Geschäftsbanken könnte den Zentralbanken die alleinige Kontrolle über die Geldmenge zugewiesen werden. Das hat nicht nur der Ökonom Irving Fisher,¹¹ sondern auch Milton Friedman gefordert, der das Erreichen der Geldmengenziele im Rahmen seines monetaristischen Geldmengenkonzepts ständig durch die Geld- und Kreditschöpfungsaktivitäten der Geschäftsbanken konterkariert sah.¹² Durch eine hundertprozentige Reservepflicht der Geschäftsbanken würden die Zentralbanken das ausschliessliche Recht zur Geldschöpfung erhalten. Die Geschäftsbanken wären dadurch gezwungen, das Buch- und Kreditgeld zu 100 Prozent durch Zentralbankguthaben oder Banknoten zu decken, und ihnen wäre dadurch die Möglichkeit zur eigenständigen Geldschöpfung genommen. Da die Zentralbank die Verantwortung für die gesamte Geldschöpfung übernimmt, „kann sie von vornherein verhindern, dass sich Blasen bilden, und so einem Zusammenbruch vorbeugen“, meint Hans Christoph Binswanger,¹³ der Doktorvater des Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank Josef Ackermann.¹⁴ Die Geschäftsbanken könnten dann nur noch in Höhe der Spareinlagen der Kunden und in Höhe der Geldschöpfungsaktivitäten der Zentralbank weiterhin Kredite vergeben.

Binswanger unterstellt jedoch ebenso erkenntnisoptimistisch wie Milton Friedman, dass die Zentralbank die optimale Geldmenge kennen kann und dass sie ein Wissen darüber besitzt, in welchen Bereichen der Wirtschaft welche Geld- und Kreditmengen bei welchem Zinssatz dem potentiellen realen Wachstum dieses Wirtschaftsbereichs entsprechen und ab welcher Geld- und Kreditmenge und welchem Zinssatz dieses Potentialwachstum überstritten wird, so dass sich Blasen bilden. Dieses Wissen hat jedoch weder Hans Christoph Binswanger noch die EZB

¹¹ Siehe Hans Christoph Binswanger: „Wie Blasen verhindert werden können“, in: *Financial Times Deutschland* vom 14. August 2009, S. 26.

¹² Auf die Forderung von Milton Friedman, eine 100%-Reservepflicht für Geschäftsbanken einzuführen, wird in fast jedem Lehrbuch zur Geldtheorie und Geldpolitik hingewiesen, bspw. in: Manfred Borchert: *Geld und Kredit. Einführung in die Geldtheorie und Geldpolitik*, 8., überarbeitete und erweiterte Auflage, München, Wien (Oldenburg) 2003, S. 60.

¹³ Hans Christoph Binswanger: „Wie Blasen verhindert werden können“, in: *Financial Times Deutschland* vom 14. August 2009, S. 26.

¹⁴ Sehr aufschlussreich ist, dass Josef Ackermann bereits in seiner Dissertation die aus Sicht der Österreichischen Schule der Nationalökonomie vollkommen irtümliche Ansicht vertritt, dass die volkswirtschaftlichen Ersparnisse nie ausreichen würden, um die für ein gleichgewichtiges Wachstum notwendigen Investitionen zu finanzieren und dass deshalb die Geschäftsbanken Kredite bereitzustellen hätten, die aus Geldschöpfung bestehen, also aus dem Nichts geschöpft sind; siehe Josef Ackermann: *Der Einfluss des Geldes auf das reale Wirtschaftsgeschehen, eine theoretische Analyse*, Bern, Frankfurt a. M., Las Vegas (Peter Lang) 1977.

und erst recht nicht die Fed. Dieses Wissen hat niemand und kann niemand haben, weil die dazu erforderlichen „Daten“ niemand ex ante kennen kann.¹⁵

Ausserdem werden die derzeitigen ungedeckten Kredite, das schlechte Geld, nicht dadurch zu Krediten, die durch reale Ersparnisse gedeckt sind, also zu gutem Geld, indem man sie durch Zentralbankgeld deckt. Dieses Zentralbankgeld ist auch aus dem Nichts geschöpft. Es ist in nicht geringerem Masse als Falschmünzerei zu bezeichnen als das von den Geschäftsbanken aus dem Nichts geschöpfte Geld. Die tiefere Ursache der Weltfinanzkrise wird deshalb durch die alleinige Abschaffung des Teilreservebanksystems nicht behoben, sondern nur institutionell verschoben.

Diese institutionelle Verschiebung hätte allerdings den Vorteil, dass die Geschäftsbanken nicht mehr die Komplizen des Staates beim Geschäft der modernen Falschmünzerei wären. Der Staat, der seine ständige Expansion nur schwerlich ohne diese Falschmünzerei betreiben könnte, würde einen beliebten Komplizen, der auch die Aufgabe hat, als öffentlicher Prügelknabe zu dienen, verlieren. Die alleinige politische und rechtliche Verantwortung für die Falschmünzerei der Geld- und Kreditschöpfung besitzt der Staat jedoch bereits heute. Es ist der Staat, der den Geschäftsbanken das Teilreserveprivileg verliehen hat. In früheren Zeiten hat man derartige Geschäftspraktiken als Betrug geahndet.

Zudem ist es höchst unwahrscheinlich, dass die Zentralbanken eine strikte Geldmengenpolitik im Sinne von Milton Friedman verfolgen werden. Während die alte Bundesbank vor Einführung des Euro eine Zwei-Säulen-Politik aus Preisniveaustabilität und Geldmengenbegrenzung betrieben hatte, die regelmässig von den europäischen Nachbarn Deutschlands, denen die starke D-Mark ein Dorn im Auge war, kritisiert worden war, verfolgt die EZB de facto eine Ein-Säulen-Politik, in deren Fokus ausserdem nur die Konsumgüterpreisinflation steht. Die für die Bildung von Investitionsblasen entscheidende Vermögensgüterpreisinflation wird nicht einmal betrachtet. Dass die EZB lediglich eine Ein-Säulen-Politik betreibt und damit die gleiche fatale Geldmengenpolitik wie in Japan und den Vereinigten Staaten verfolgt, lässt sich anhand der Erhöhung der Geldmenge im Euro-Raum seit 1999 belegen. Am Anfang des Jahres 1999 betrug die Geldmenge M3 im Euro-Raum 4,4 Billionen Euro. Bis Ende April 2009 wuchs sie um rund 116% auf 9,5 Billionen Euro an.¹⁶

Die Abschaffung des Teilreserveprivilegs wird deshalb zukünftige Finanzkrisen und Investitionsblasen nur verhindern, wenn abweichend von den Vorstellungen von Binswanger gleichzeitig sichergestellt wird, dass möglichst nur Kredite vergeben werden können, die durch reale Ersparnisse gedeckt sind. Von den Zentralbanken

¹⁵ Siehe Friedrich A. von Hayek: „The Use of Knowledge in Society“, in: *The American Economic Review*, Volume XXXV, September 1945, Number Four, S. 519 – 530 und insbesondere auf Seite 519: „If we possess all the relevant information, if we can start out from a given system of preferences and if we command complete knowledge of available means, the problem which remains is purely one of logic.... This, however, is emphatically not the economic problem which society faces... The reason for this is that the “data” from which the economic calculus starts are never for the whole society “given” to a single mind which could work out the implications, and can never be so given.“ Siehe auch James M. Buchanan: „What Should Economists Do?“, in: *The Southern Economic Journal*, Volume XXX, January 1964, Number 3, S. 213 – 222.

¹⁶ Siehe Thorsten Polleit, Michael von Prollius, Frank Schäffler und Norbert F. Tofall: „Überwindung der Krise durch gutes Geld“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 5. Juni 2009, Nr. 128, S. 12.

sind diesbezüglich jedoch keine Schritte zu erwarten. Ausserdem würde in unserer derzeitigen Situation die sofortige Einführung einer derartigen neuen Geldordnung, in der das Teilreserveprivileg und in der Kredite, die nicht durch reale Ersparnisse gedeckt sind, *gesetzlich* verboten würden, zu einem Zusammenbruch des gesamten Bankensystems und des Finanzsektors führen.¹⁷ Deshalb sind auch die von Ludwig von Mises und Murray N. Rothbard vorgelegten Vorschläge zur Wiedereinführung eines Goldstandards zu verwerfen, weil diese Vorschläge die sofortige Abschaffung des Teilreserveprivilegs und das Verbot von nicht durch reale Ersparnisse gedeckten Krediten implizieren.¹⁸ Und trotzdem gibt es eine gangbare Alternative zur heutigen Geldordnung des staatlichen Papiergeldmonopols, die Schritt für Schritt auf evolutionärem Wege eine neue nachhaltige Geldordnung entstehen liesse. Die Alternative besteht in der sofortigen Zulassung von konkurrierenden Privatwährungen.

IV.

Wie die Erfahrungen in den Transformationsökonomien in Mittel- und Osteuropa hinreichend belegen, ist es unmöglich eine vollentwickelte Marktwirtschaft per Dekret von oben von heute auf morgen einzuführen.¹⁹ In den Staaten der ehemaligen Sowjetunion ist 1991 nicht die Marktwirtschaft eingeführt worden. Dort ist der Sozialismus zusammengebrochen, was man fatalerweise als Einführung der Marktwirtschaft bezeichnet hat. Marktwirtschaft ist ein Oberbegriff für die millionenfache dezentrale direkte und indirekte Kooperation von einzelnen Menschen. Diese millionenfache und in Zeiten der Globalisierung milliardenfache dezentrale

¹⁷ Das ist nach ausführlicher Diskussion die einstimmige Meinung der Teilnehmer des wirtschaftspolitischen Kolloquiums „Free Banking – Die Überwindung der Krise durch gutes Geld“, das auf Einladung der FDP-Bundtagsfraktion am 1. Juli 2009 im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestages veranstaltet wurde. An diesem Kolloquium haben u.a. teilgenommen: Christian Ahrendt (Mitglied des Deutschen Bundestages), Peter Altmiks (Liberales Institut der FNS), Kristof Berking (Dokuvision), Simone Boehringer (Süddeutsche Zeitung), Tim Bremmer (Wiss. Mitarbeiter von MdB Frank Schäffler), Detmar Doering (Leiter des Liberalen Instituts der FNS), Ralf Flierl (Smart Investor), Gerd Habermann (Leiter Unternehmerinstitut und Professor Universität Potsdam), Ulrich Jungbecker (Unternehmer), Ekkehard Köhler (Walter-Eucken-Institut), Klaus Peter Krause (langjähriger Leiter der Wirtschaftsredaktion der F.A.Z.), Thorsten Polleit (Chefvolkswirt Barclays Capital Deutschland und Professor an der Frankfurt School of Finance), Michael von Prollius (Gründer Forum Ordnungspolitik), Frank Schäffler (Mitglied des Deutschen Bundestages), Markus Schiml (Mises-Forum Bayreuth), Holger Schulz (Deutscher Sparkassen- und Giroverband), Norbert F. Tofall (Lehrbeauftragter Viadrina Frankfurt/Oder und wiss. Mitarbeiter von MdB Frank Schäffler), Wolf-Dieter Zumpfort (Stellv. Vorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit).

¹⁸ Siehe Ludwig von Mises: *The Theory of Money and Credit*, edition following the text of 1953, Indianapolis (Liberty Fund) 1981, insbesondere den 1952 verfassten vierten Teil „Monetary Reconstruction“, S. 451 – 500, der in den bisherigen deutschen Ausgaben leider nicht enthalten ist; und Murray N. Rothbard: *The Case for a 100 Percent Gold Dollar*, Auburn (Mises Institute) 1991.

¹⁹ Das ist die Haupteinsicht, die Norbert F. Tofall 1995 bis 1997 durch seine Mitarbeit im Projekt „OST | WEST | PHILOSOPHIE. Philosophie und Religion in Russland und Deutschland“, ein Kooperationsprojekt des Forschungsinstituts für Philosophie Hannover mit der Herzen-State-University St. Petersburg und der Russischen Akademie der Wissenschaften in Moskau, gewonnen hat, in dem er als Ökonom für Fragen der Wirtschaftsethik und Wirtschaftsordnung zuständig war. Ergebnisse dieses Projektes sind u.a. dokumentiert in Peter Koslowski (Ed.): *The Social Market Economy. Theory and Ethics of the Economic Order*, Berlin, Heidelberg, New York (Springer) 1997.

Kooperation lässt sich nicht von oben gesetzlich befehlen. Diese millionen- und milliardenfache direkte und indirekte Kooperation einzelner Menschen kann sich nur evolutionär entwickeln. Der Staat kann im negativen Fall diese evolutionäre Entwicklung be- oder verhindern und im positiven Fall erlauben oder durch eine geeignete Privatrechtsordnung, die sicherstellt, dass im Sinne Immanuel Kants das Nutzenstreben der einen mit dem Nutzenstreben der anderen Menschen nach einem allgemeinen Gesetz der Freiheit zusammenbestehen kann,²⁰ sogar fördern. Handeln müssen die einzelnen Menschen jedoch immer selbst. Zudem benötigt menschliches Handeln immer Zeit und ist nur im Zeitablauf möglich. Und aus diesem Grund fällt eine funktionierende marktwirtschaftliche Geldordnung²¹ auch dann nicht über Nacht vom Himmel, falls unsere derzeitige aus ungedecktem staatlichen Zwangspapiergeld bestehende Geldordnung, die sich – wie die Weltfinanzkrise 2007 und 2008 hinreichend offenbart – zu einem riesigen Schneeballsystem ohne systemkonforme Ausstiegsmöglichkeit entwickelt hat, zusammenbrechen wird.²² Auch eine marktwirtschaftliche Geldordnung kann sich nur schrittweise entwickeln.²³

Aber genau deshalb ist die sofortige Zulassung von konkurrierenden Privatwährungen und die Ermöglichung eines allumfassenden Währungswettbewerbs die wichtigste liberale Forderung der nächsten Jahre. Wir haben keine Zeit zu verlieren. „Wenn wir wollen, dass freies Unternehmertum und die Marktwirtschaft fortbestehen (...), haben wir keine andere Wahl, als das Geldmonopol der Regierung und nationale Währungssysteme durch freien Wettbewerb zwischen privaten

²⁰ Vgl. Immanuel Kant: *Die Metaphysik der Sitten*, Kritische Ausgabe mit einer Einleitung herausgegeben von Hans Ebeling, unter Mitarbeit der Studierenden Ludger Funke, Thomas Kater und Norbert Tofall, Stuttgart (Reclam) 1990, S. 67. Zu den Bedingungen, die dezentrale Kooperation von Menschen und damit Wohlstand fördern, siehe auch: Mancur Olson: *Aufstieg und Niedergang von Nationen. Ökonomisches Wachstum, Stagflation und soziale Starrheit*, übersetzt von Gerd Fleischmann, 2., durchgesehene Auflage, Tübingen (Mohr) 1991; Mancur Olson: *Macht und Wohlstand. Kommunistischen und kapitalistischen Diktaturen entwachsen*, übersetzt von Gerd Fleischmann, Tübingen (Mohr) 2002; Erich Weede: „Warum bleiben arme Leute arm? Rent-Seeking und Dependenz als Erklärungsansätze für die Armut in der Dritten Welt“, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 26. Jg. (1985), S. 270 – 286; Johannes Berger: „Was behauptet die Modernisierungstheorie wirklich – und was wird ihr bloss unterstellt?“, in: *Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft*, 1996, S. 45 – 62; Karl-Heinz Ladeur: *Der Staat gegen die Gesellschaft. Zur Verteidigung der Rationalität der „Privatrechtsgesellschaft“*, Tübingen (Mohr) 2006.

²¹ Unter einer marktwirtschaftlichen Geldordnung verstehen wir eine wettbewerbliche Geldordnung oder genauer: ein reputationsbasiertes wettbewerbliches Geldsystem. Dieses unterscheidet sich vom Free Banking im engeren Sinne, das in der Regel auf dem Goldstandard basiert, durch die Zulassung unterscheidbarer Währungsstandards, siehe hierzu: Paul Terres: *Die Logik einer wettbewerblichen Geldordnung*, Tübingen (Mohr) 1999, S. 166 – 277.

²² Wann sich dieser Zusammenbruch ereignen wird, ist natürlich nicht datierbar. Dass dieses Schnellballsystem wie jedes Schnellballsystem früher oder später zusammenbrechen wird, ist aber so gewiss wie der Zusammenbruch des Sozialismus, den Ludwig von Mises einst vorausgesehen hatte; siehe Ludwig von Mises: *Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus*, unveränderter Nachdruck der zweiten, umgearbeiteten Auflage, Jena 1932, Stuttgart (Lucius) 2007.

²³ Das Problem, dass eine marktwirtschaftliche Geldordnung sich ebenfalls nur evolutionär entwickeln kann, wird leider sowohl von Ludwig von Mises als auch von seinem Schüler Murray N. Rothbard vollkommen unterschätzt. Dieses ist insofern erstaunlich, als eine der wichtigsten Theorieelemente der Österreichischen Schule der Nationalökonomie, durch die sie sich vom neoklassischen Gleichgewichtsdanken unterscheidet und welches Mises besonders betont hat, in der Einsicht besteht, dass menschliches Handeln Zeit benötigt und deshalb der Zeitlauf in theoretischen Modellen nicht vernachlässigt werden darf. Siehe hierzu: Ludwig von Mises: *Nationalökonomie. Theorie des Handelns und Wirtschaftens*, unveränderter Nachdruck der 1. Auflage, Genf 1940, München (Philosophia) 1980, S. 76 f. und Jesús Huerto de Soto: *Die Österreichische Schule der Nationalökonomie – Markt und unternehmerische Kreativität*, Wien (Hayek Institut) 2007, S. 62.

Emissionsbanken zu ersetzen.²⁴ Obwohl es bereits heute einzelne Privatbanken gibt, die Privatwährungen emittieren,²⁵ die jedoch mit enormen Behinderungen von Seiten des Staates und der Grossbanken zu kämpfen haben, wird es selbst nach der Beseitigung dieser Behinderungen einige Zeit dauern, bis eine befriedigende Anzahl von privaten Währungsemissionsbanken, die eine ausreichende Menge von gutem Geld emittieren können, *parallel* zum staatlichen Währungssystem entstanden ist. Und die Menschen benötigen natürlich Zeit, den Umgang mit verschiedenen unterscheidbaren Währungen im Alltag zu lernen und diese *parallel* zu den staatlichen Währungen, weshalb von konkurrierenden Privatwährungen oder Parallelwährungen gesprochen wird, zu verwenden. Deshalb ist mit Nachdruck der Vorschlag des Nobelpreisträgers Friedrich August von Hayek zu unterstützen: *„Der konkrete Vorschlag für die nahe Zukunft (...) besteht darin, dass sich die Länder des Gemeinsamen Marktes (möglichst einschliesslich der neutralen Länder Europas, vielleicht später auch der Länder Nordamerikas) gegenseitig durch formalen Vertrag binden, weder dem Handel in ihren gegenseitigen Währungen (inklusive Goldmünzen) noch einer in gleicher Weise freien Ausübung von Bankgeschäften seitens jeder in einem ihrer Territorien gesetzlich niedergelassenen Bank irgendwelche Hindernisse in den Weg zu legen.“*²⁶

Bei Gewährung von vollständiger Produzenten- und Konsumentenfreiheit im Finanzsektor wird es den einzelnen Menschen ermöglicht, in dezentralen Entdeckungsverfahren, die sich parallel zu den staatlichen Währungen entwickeln und aus denen Schritt für Schritt für die staatlichen Währungen Konkurrenz erwächst, zu lernen, welche Geldart je nach individueller Situation und Bedürfnis und individueller Transaktionskostenlage jeweils für sie sinnvoll ist. Da niemand freiwillig schlechtes Geld hält, wird der sich entwickelnde Währungswettbewerb die privaten, aber auch die staatlichen Geldproduzenten dazu anhalten, besseres Geld zu produzieren. Die Produktion von schlechtem Geld und die Verschlechterung von gutem Geld wird von den einzelnen Menschen aufgrund ihrer freien Wahlmöglichkeit zwischen unterscheidbaren privaten und staatlichen Währungen, also aufgrund ihrer Konsumentenfreiheit, sofort durch Abwanderung zu konkurrierenden Geldproduzenten bestraft werden, was im derzeitigen staatlichen Papiergeldmonopol nur höchst eingeschränkt und in der Regel nur für reiche Menschen möglich ist.

Die individuelle Nachfrage nach gutem Geld würde bei einem allumfassenden Währungswettbewerb und der Möglichkeit für *alle* Menschen, die Produzenten von schlechtem Geld durch Abwanderung zu bestrafen, auch dazu führen, dass sich

²⁴ Friedrich A. von Hayek: *Entnationalisierung des Geldes. Eine Analyse der Theorie und Praxis konkurrierender Umlaufmittel*, Tübingen (Mohr) 1977, S. 127.

²⁵ Siehe Karl Reichmuth; Remy Reichmuth: *Der RealUnit®. Zur Quelle der Geldwertstabilität*, Thun (Ott) 2001 und Karl Reichmuth in Zusammenarbeit mit Beat Kappeler, Joachim Starbatty und Uwe Wagschal: *Weg aus der Finanzkrise. Entscheid und Haftung wieder zusammenführen*, Zürich (Verlag NZZ) 2008. Der von den Luzerner Privatbankiers Reichmuth emittierte RealUnit ist jedoch keine materiell gedeckte Währung, was Konkurrenten in der Zukunft vermutlich zum Anlass nehmen werden, um mit einer gedeckten Währung dem RealUnit Konkurrenz zu machen, was wiederum die Privatbankiers Reichmuth motivieren wird, ihr Geld zu verbessern.

²⁶ Friedrich A. von Hayek: *Entnationalisierung des Geldes. Eine Analyse der Theorie und Praxis konkurrierender Umlaufmittel*, Tübingen (Mohr) 1977, S. 1.

evolutionär eine neue Geldordnung entwickelt, in der die Möglichkeiten zur Geld- und Kreditschöpfung aus dem Nichts aufgrund von Wettbewerb beschränkt sind und dadurch die Wahrscheinlichkeit von gefährlichen Investitionsblasen sinkt. Hieran lässt sich auch ablesen, dass eine nachhaltige Stabilisierung unserer Marktwirtschaft schrittweise von unten – durch die dezentrale Produktion von und Nachfrage nach gutem Geld – möglich ist. Der Staat hat in diesem Stabilisierungsprozess allerdings die Aufgabe, durch ein geeignetes Privatrecht die Vertragsfreiheit in Währungsgeschäften und Wettbewerb zwischen privaten Währungen, zwischen privaten und staatlichen Währungen und zwischen staatlichen Währungen zu ermöglichen.

Für sein eigenes Geld kann der Staat durch seine Zentralbank nach wie vor Zinssätze festlegen. Die evolutionäre Entstehung einer marktwirtschaftlichen Geldordnung würde es jedoch mehr und mehr erschweren, eine Niedrigzinspolitik durchzusetzen, die zwangsläufig Investitionsblasen entstehen lässt. Die privaten Emissionsbanken würden auf diese Zentralbankpolitik sofort durch höhere Zinsen, die sich auf Höhe des natürlichen Zinses einpendeln würden, reagieren und die Geldnachfrage so in ihre Privatwährungen lenken. Der Wert der staatlichen Währung würde sinken.

Der Staat müsste bei gesunkener Kaufkraft seiner Währung zur Deckung seiner Ausgaben entweder die Steuern erhöhen, sparen oder neue Kredite aufnehmen. Sollten diese Kredite in der eigenen staatlichen Währung aufgenommen werden und aus purer Geldschöpfung bestehen, wird erneut die private Nachfrage nach der staatlichen Währung und somit ihr Wert sinken. Dieser Entwicklung könnte dann nur durch höhere Zinsen entgegengewirkt werden, wodurch sich die Rückzahlung dieser Kredite jedoch verteuert. Das heisst, der Staat würde durch die Zulassung von konkurrierenden Privatwährungen und eines allumfassenden Währungswettbewerbs gezwungen, eine nachhaltigere Haushaltspolitik zu verfolgen. Die Zulassung von konkurrierenden Privatwährungen und ein allumfassender Währungswettbewerb wären deshalb eine weit wirksamere Schuldenbremse als die Grundgesetzänderungen des Jahres 2009.

Vorschriften bezüglich der materiellen Deckung von Währungen oder gar ein Goldstandard sind sowohl unnötig als auch schädlich. Denn der „Wettbewerb würde sicherlich die emittierenden Institutionen weit wirksamer dazu zwingen, den Wert ihres Geldes (in Bezug auf ein festgesetztes Güterbündel) konstant zu halten, als es irgendeine Verpflichtung zur Einlösung des Geldes in diese Güter (oder in Gold) könnte.“²⁷ Natürlich könnte es geschehen, dass sich bei freiem Wettbewerb zwischen verschiedenen Geldarten zunächst Gold als die beliebteste Geldart erweist. Die zunehmende Nachfrage nach Gold würde aber vermutlich zu einem solchen Anstieg und eventuell zu heftigen Schwankungen des Goldpreises führen, dass Gold

²⁷ Ebenda, S. 32.

aufhören würde, sich als Geldeinheit für den Geschäftsverkehr und das Rechnungswesen zu eignen.²⁸

Inwieweit in einer marktwirtschaftlichen Geldordnung gedeckte Währungen dominieren werden, lässt sich ex ante nicht bemessen, weil die einzelnen Menschen die freie Wahl haben, sowohl gedeckte als auch ungedeckte Währungen zu produzieren oder nachzufragen. Diese Währungen werden wie zur Zeit auch über Kredite oder durch Verkauf gegen andere Währungen verfügbar gemacht. Inwieweit in einer marktwirtschaftlichen Geldordnung Kredite, die nicht durch reale Ersparnisse gedeckt sind, vergeben werden können, hängt vom Verhältnis von Angebot und Nachfrage nach ungedeckten Währungen ab. Da niemand freiwillig auf Dauer schlechtes Geld nachfragt, ist jedoch zu vermuten, dass sich der Anteil der Kredite, die nicht durch reale Ersparnisse gedeckt sind, Schritt für Schritt verringern wird. Eine private Emissionsbank gefährdet durch ihre Kreditschöpfungsaktivitäten den Wert der von ihr emittierten Währung und ihre gesamte Existenz, da die privaten Sparer schnell zu einer konkurrierenden Währung von einer Bank wechseln werden, die eine zurückhaltendere oder gar keine Kredit- und damit Geldschöpfung betreibt.

Die sofortige Zulassung von konkurrierenden Privatwährungen und eines allumfassenden Währungswettbewerbs wird jedoch nicht zu einem sofortigen vollständigen Verfall der staatlichen Währungen, zu einem „Rennen“ aus den Staatswährungen und einem Zusammenbruch unseres gesamten Finanzsektors führen. Dieses wäre nur dann der Fall, wenn von heute auf morgen eine Situation vom Himmel fallen könnte, in der es ausreichend private Emissionsbanken gibt, die besseres als das staatliche Geld ohne Zeitverzögerung in ausreichender Menge und Verbreitung emittieren könnten, welches bei den Menschen zudem schon grösseres Vertrauen erlangt haben müsste als das staatliche Geld. Um aus einer Währung sofort hinausgehen zu können, benötigt man auch sofort eine andere bessere Währung, in die man zu vertretbaren Kosten hineingehen kann. Menschliches Handeln benötigt aber immer Zeit. Und bevor die staatlichen Währungen durch konkurrierende Privatwährungen Schritt für Schritt unter heilsamen Konkurrenzdruck geraten, wird eine gewisse, aber vertretbare Zeit vergehen. Anfangen müssen und können wir aber bereits heute.

²⁸ Vgl. ebenda, S. 102 und 127.



LIBERALES INSTITUT

Impressum

Liberales Institut
Rennweg 42
8001 Zürich, Schweiz
Tel.: +41 (0)44 364 16 66
Fax: +41 (0)44 364 16 69
libinst@libinst.ch

Eine frühere Version dieser Analyse ist erschienen in: Altmiks, P. (Hrsg.), „Im Schatten der Finanzkrise“, Olzog 2010.

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie im Internet unter www.libinst.ch.

Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.
Copyright 2011, Liberales Institut.